



Beschlossene Anträge vom 2. Sep 2024/25

inklusive Erweiterungs- &
Abänderungsanträgen

Antrag 1 - Midlife-crisis mit 14 garantiert!

LSV Salzburg

Antrag wurde mit **100%** angenommen

Sekundarstufe 1 erfolgreich abgeschlossen - aber was nun?

Jeder und jede Oberstufenschüler*in oder Lehrling stand bereits schon einmal vor dieser Entscheidung. Aber wie sollte man die perfekte Entscheidung treffen, wenn wir nicht wissen, welche Wege uns zur Verfügung stehen und wo wir die Komfortzone verlassen können, um uns selbst zu entfalten? So schreibt auch unser Bildungsministerium im Falle von einem frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabbruch: "Ein Abbruch vermindert spätere Lebens- und Berufschancen und trägt langfristig dazu bei, dass persönliche Risiken wie Gesundheitsgefährdung, soziale Ausgrenzung oder Arbeitslosigkeit über die Lebensspanne hinweg hoch sind." (<https://www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/bef/schulabbruch.html>). Ob man also durch vermehrte Informationsmessen, Schulbesuchen von weiterführenden Schulen, Universitäten & Unternehmen und Girls- & Boys' Days die Fehlentscheidungen & die damit einhergehenden negativen Auswirkungen reduzieren könnte? Garantiert. Indem Salzburgs Schulen den Fokus auf die Aufklärung legen, welche Optionen ihre Schüler*innen nach der Sekundarstufe 1 haben, oder besser gesagt hätten, könnte man diese massiven Probleme im Bereich der frühzeitigen Zukunftsorientierung prävenieren.

Wir möchten, dass sich die Schüler*innen in Salzburg gut informiert auf ihrem Weg in die Zukunft fühlen. Zusammengefasst möchten wir, dass Schüler*innen eine ausgewogene Wahl für ihre Zukunft treffen können!

Deshalb fordert das 2. Salzburger Schüler*innenparlament:

- Verpflichtende Bewerbung von Girls Days und Boys Days an Salzburgs Schulen
- Verpflichtender Besuch der Schul- und Berufsinformationsmesse in der Sekundarstufe 1
- Mehr Auskunft in der Sekundarstufe 1 über mögliche Lehrberufe im Bundesland Salzburg
- Eine Online-Auskunft der Bildungsdirektion für Salzburg, die die verschiedenen Anbieter für Informationsveranstaltungen und Workshops klar auflistet.

Antrag 2 - Schule allen, die drin lernen!

Franz Foßl, PG der Herz-Jesu Missionare

Antrag wurde mit **70,6 %** angenommen

Die Teuerung betrifft alle! Auch uns Schüler*innen. Bildung muss für alle zugänglich sein, unabhängig von der finanziellen Situation der Schüler*innen.

Sexismus, Rassismus und Klassismus. Das sind nur einige der Diskriminierungsformen mit denen Schüler*innen in ganz Österreich tagtäglich konfrontiert werden. Dabei zeigt sich klar, auch wenn Versprechungen immer wieder anderes behaupten: Schule in Österreich ist nicht für alle. Auch statistische Daten belegen die traurige Realität: Nur 37% der Kinder aus Arbeiter*innen-Haushalten legen die Matura ab, während es in Akademiker*innen- Haushalten ganze 81% sind. Darüber hinaus beginnen lediglich 7% der Kinder aus Arbeiter*innen-Haushalten ein Masterstudium, im Vergleich zu 25% der Kinder aus Akademiker*innen-Haushalten. Diese Zahlen verdeutlichen, was schon immer klar war: Bildung hängt in Österreich von der sozialen Herkunft ab. Das ist eine Tatsache, die wir so nicht mehr länger hinnehmen können. Es ist an der Zeit, dieser Ungleichheit entgegenzuwirken.

Es ist allzu oft die Geldbörse der Eltern, die darüber entscheidet, wie unsere Bildung aussieht. Auch wenn der Schulbesuch an sich zwar kostenlos ist, entstehen nichtsdestotrotz im Laufe einer Schullaufbahn zahlreiche Nebenkosten, die finanziell schwächere Familien erheblich belasten können. Es gibt zahlreiche Kosten die Familien selbst tragen müssen. Das fängt beim Kauf von Schulmaterialien wie Heften, Taschen und Taschenrechnern an und zieht sich bis zur Schulreisen durch. Die Schulkostenstudie der Arbeiter*innenkammer zeigt, Familien geben bis zu zwei Monatsgehältern für diese finanziellen Aufwände aus. Was diese ohnehin schon fatale Situation nicht besser macht, ist die Teuerung. Von der Regierung gibt es diesbezüglich kaum Entlastungen, wenn überhaupt, dann nur in der Form von Einmalzahlungen. Insbesondere die Kosten für Schulausstattung und Schulfahrten stellen eine extreme Mehrbelastung für sozioökonomisch schwächere Familien dar. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Preise für Schulartikel in Handelsketten durchschnittlich um 4,6 Prozent gestiegen und im Papierfachhandel sogar um 7 Prozent. Obwohl das Schulstartgeld und die Schulbeihilfe jährlich an die Inflation angepasst werden, decken diese Maßnahmen nur einen Teil der erforderlichen Unterstützung ab. Um Chancengerechtigkeit in der Bildung zu gewährleisten, muss jetzt gehandelt werden!

Deshalb fordert das Salzburger Schüler*innenparlament:

- Ausweitung und Entbürokratisierung der Schulbeihilfe
- Ausweitung der Schulbuchaktion auf Übungsbücher, Hefte, Taschenrechner, Schreibmaterialien etc.
- Ausweitung und Entbürokratisierung von Hilfsfonds bezüglich Schulveranstaltungen wie Ausflügen, Sprachreisen, kostenpflichtige Workshops etc.
- Gratis Öffi-Tickets für alle Schüler*innen Salzburgs
- Aufklärung über die Angebote von Schulbeihilfen und wie man sie beantragt an allen Schulen Österreichs in Form von Vorträgen sowie einem Ratgeber, welcher durch die Bundesschüler*innenvertretung gemeinsam mit dem Bildungsministerium erarbeitet wird und in mehreren Sprachen, sowie leichter Sprache, zur Verfügung gestellt werden muss
- Kostenlose bzw. stark vergünstigte Nachhilfe
- Die Möglichkeit für alle Schüler_innen, unabhängig ihrer Herkunft, Schulbeihilfe beanspruchen zu können

Antrag 3 - Lasst uns Diskutieren!

Jonas Jetzl, Werkschulheim Felbertal

Antrag wurde mit **97,9 %** angenommen

Leute, wir stehen hier vor einem echten Problem. Das wurde mir klar, als ich erfahren habe, dass viele, dazu noch wahlberechtigte, Schüler*innen an meiner Schule ihre politischen Informationen hauptsächlich aus TikTok-Kurzvideos oder Instagram beziehen. Wie gefährlich das jedoch sein kann, wissen wir, denke ich, alle.

Es ist höchste Zeit, dass wir aktiv werden und unseren Mitschüler*innen wenigstens einen Anstoß geben, sich mehr mit politischen Themen auseinanderzusetzen. Etwas, das greifbar ist, etwas, bei dem wir im direkten Austausch mit Vertretern mehr über die Themen erfahren können, die uns wirklich betreffen. Der Lösungsansatz, den ich fordere, ist: Podiumsdiskussionen.

Podiumsdiskussionen an Schulen sind ein wichtiger Schritt, um die Neugierde der Schüler*innen zu wecken und sie aus dem Desinteresse zu holen. Politische und demokratische Bildung sollte an unseren Schulen einen zentralen Stellenwert einnehmen, um allen Schüler*innen die Möglichkeit zu geben, politisches Wissen zu erlangen und eine eigene Meinung zu formen. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, das Angebot an politischen Debatten auszubauen – idealerweise an jeder einzelnen Schule. Ich bin fest davon überzeugt, dass regelmäßige Auseinandersetzungen mit aktuellen politischen Fragestellungen das Interesse an Wahlen und an einer aktiven politischen Partizipation erheblich fördern werden.

Österreichs Schulen sollten Orte der freien Meinungsäußerung sein. Deshalb sollten diese Podiumsdiskussionen unter klarem Regelwerk stattfinden, damit ein reger Austausch und ein humanes Teilnehmen ermöglicht werden können. Wie oft eine Podiumsdiskussion stattfindet, sollte der Schule überlassen werden, mindestens einmal im Schuljahr sollte dennoch eine stattfinden. Auch die Teilnahme sollte so autonom wie möglich bleiben. Es ist jedoch zu erwägen, dass diese Diskussionen während des regulären Unterrichts abgehalten werden, sodass Schüler*innen selbst entscheiden können, ob sie am Unterricht oder an der Podiumsdiskussion teilnehmen möchten.

Deshalb fordert das Salzburger Schüler*innenparlament:

- Wir fordern mehr neutral aufbereitete Podiumsdiskussionen an Österreichs Schulen, um allen Schüler*innen in Österreich die Möglichkeit zu geben, sich eine eigene politische Meinung zu bilden.
- In dem neuen Schulfach Demokratiebildung, das von der Bundesregierung geplant wird, soll auch über die Rechte und Pflichten von Bürger*innen aufgeklärt werden.

Antrag 4 - Gegen Kürzungen bei der Kinder- und Jugendhilfe!

Luis Schlager, Bg/Brg Hallein

Antrag wurde mit **87,2 %** angenommen

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unserer Gesellschaft – aber genau dort, wo sie am meisten Unterstützung brauchen, wird jetzt gespart. Die Salzburger Landesregierung plant eine Kürzung von rund einer Million Euro im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe. Das betrifft vor allem betreute Wohneinrichtungen, die jungen Menschen Schutz und Stabilität bieten, wenn sie nicht mehr in ihrer Familie leben können.

Aktuell sind das in Salzburg ca. 700. 700 Kinder und Jugendliche, bei denen diese Häuser oft der einzige sichere Ort für sie sind, sei es aufgrund von Vernachlässigung, Gewalt oder anderen schwierigen Lebensumständen. Einsparungen in diesem Bereich gefährden nicht nur die Qualität der Betreuung, sondern auch das Wohl der betroffenen Kinder und Jugendlichen. Und obwohl das Sozialressort das Gesamtbudget um 7 Millionen Euro erhöht hat, bleiben doch einige zentrale Fragen offen:

Wie wird sichergestellt, dass alle Trägerorganisationen – auch jene ohne Rücklagen – weiterhin hochwertige Betreuung leisten können?

Welche Auswirkungen haben die Einsparungen auf die Sozialarbeiter*innen und Betreuer*innen, die eh jetzt schon so oft überlastet sind?

Und die wichtigste Frage: Warum wird an einer der sensibelsten Stellen gespart, während in anderen Bereichen neue Projekte finanziert werden?

Studien zeigen, dass eine stabile und qualitativ hochwertige Kinder- und Jugendhilfe langfristig sogenannte gesellschaftliche Folgekosten reduziert. Wer in junge Menschen investiert, beugt sozialen Problemen, psychischen Erkrankungen, Bildungsabbrüchen und späterer Armut vor. Kürzungen in diesem Bereich sind deshalb nicht nur unsozial, sondern auch kurzfristig und wirtschaftlich unsinnig! Wir junge Menschen, wir brauchen Sicherheit und Perspektiven – nicht zukunftsblinde Budgetkürzungen!

Deshalb fordert das Salzburger Schüler*innenparlament:

- Die sofortige Rücknahme der geplanten Budgetkürzungen für die Kinder- und Jugendhilfe.
- Transparenz über die Mittelverwendung der insgesamt 73 Millionen Euro im Bereich Kinder- und Jugendhilfe.
- Die Einberufung des Kinder- und Jugendhilfebeirats, um die Auswirkungen der Kürzungen zu diskutieren und Lösungen zu erarbeiten.
- Die Stärkung des Kinder- und Jugendrats, damit auch wir eine gute Möglichkeit zur Mitsprache haben.
- Ein klares Bekenntnis der Salzburger Landesregierung zur langfristigen Absicherung der Kinder- und Jugendhilfe.

Antrag 5 - Finanzbildung jetzt! Zukunftskompetenz für die Oberstufe

Konstantin Thomayer, Tourismusschule Bad Hofgastein

Antrag wurde mit **100 %** angenommen

Wir alle stehen früher oder später vor wichtigen finanziellen Entscheidungen. Sei es der erste Handyvertrag, ein eigenes Konto, das erste selbstverdiente Geld oder später Kredite, Versicherungen und Investitionen. Doch in der Schule lernen wir kaum, wie wir unser Geld klug verwalten, wie wir finanziellen Fallen aus dem Weg gehen oder wie wir langfristig Wohlstand aufbauen können. Die Folgen davon sind dramatisch: Junge Menschen verschulden sich früh, geraten in finanzielle Abhängigkeiten oder können ihre eigenen Möglichkeiten nicht voll ausschöpfen.

Wir leben in einer Welt, in der finanzielle Bildung nicht mehr nur eine Option ist, sondern eine Notwendigkeit. Ohne das richtige Wissen bleiben viele von uns anfällig für unseriöse Angebote, hohe Kreditkosten oder gar Altersarmut. Die Schule soll uns auf das Leben vorbereiten, doch genau hier fehlt es an einem entscheidenden Baustein: Finanzbildung.

Meine Vision: Wir fordern eine bessere und praxisnahe Finanzbildung für die Oberstufe, die uns wirklich auf die Herausforderungen der realen Welt vorbereitet. Wir brauchen Wissen über Kontoführung, Steuern, Versicherungen, Kredite, Investitionen und nachhaltigen Umgang mit Geld. Kein trockenes Theoriewissen, sondern praxisnahe Einblicke und echte Vorbereitung auf das Leben!

Unsere Initiative (seitens der LSV): Wir sind bereits dabei, eine Kooperation mit dem Financial Life Park (FLiP) aufzubauen, einem einzigartigen Lernort für Finanzbildung. Hier erhalten junge Menschen interaktive und spannende Einblicke in wirtschaftliche Zusammenhänge, um fundierte Entscheidungen über ihr eigenes Geld treffen zu können. Doch das allein reicht nicht – Finanzbildung muss ein fester Bestandteil unseres Schulalltags werden! Wir fordern euch auf, diesen Antrag zu unterstützen und gemeinsam dafür zu sorgen, dass unsere Generation finanziell selbstbestimmt in die Zukunft gehen kann. Unsere Bildung soll uns nicht nur auf Prüfungen vorbereiten, sondern auf das echte Leben. Lasst uns gemeinsam handeln – für eine Zukunft, in der wir selbst die Kontrolle über unser Geld und unsere Entscheidungen haben!

Deshalb fordert das Salzburger Schüler*innenparlament:

- Verpflichtender Finanzbildungsunterricht in der Sekundarstufe II, integriert in bestehende Fächer oder als eigenes Modul. Außerdem soll altersgerecht auch schon in der Sekundarstufe 1 über Finanzbildung aufgeklärt werden, um früh schon ein Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge zu schaffen
- Verpflichtender Workshop einer*s Gastvortragenden*s (1x pro Schuljahr), um wertvolle Einblicke aus der Praxis zu bekommen.
- Kooperation mit dem Financial Life Park (FLiP), um praxisnahe Workshops und Exkursionen zu ermöglichen.
- Etablierung der Finanzbildung an allen Schullen
- Eine Auseinandersetzung mit dem effizienten und finanziell verantwortungsvollsten Umgang mit Geld im Unterricht im Rahmen des Faches Finanzbildung. In diesem Zusammenhang sollte zum Beispiel erklärt werden, wie man ein Haushaltsbudget führt, was eigentlich Schulden sind und wie man diese vermeidet oder auch Sparstrategien erklärt werden

Antrag 6 - Für eine gerechtere Bildung: Einführung der Gesamtschule statt frühzeitiger Selektion

Noah Gaderer, hak: zwei Salzburg

Antrag wurde mit **58,7 %** angenommen

Das derzeitige differenzierte Schulsystem, welches Schüler*innen bereits im jungen Alter in verschiedene Schulformen aufteilt, birgt zahlreiche Nachteile und führt zu einer frühzeitigen und oft unfairen Selektion. Diese Trennung erfolgt im Regelfall nach der vierten Klasse Volksschule und ist oft nicht nur eine Frage der schulischen Leistung, sondern auch von sozialem Hintergrund und familiärer Unterstützung abhängig.

Wissenschaftliche Studien und Forschungsergebnisse stützen diese Kritik:

PISA-Studien (Programme for International Student Assessment) der OECD haben mehrfach gezeigt, dass Länder mit Gesamtschulsystemen oft eine höhere Bildungsfairness und geringere soziale Unterschiede bei den Lernergebnissen aufweisen.

In Ländern mit stark selektiven Schulsystemen zeigt sich hingegen, dass der sozioökonomische Hintergrund der Schüler*innen einen größeren Einfluss auf die Schulleistungen hat.

Bildungsberichte des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) weisen darauf hin, dass selektive Schulsysteme soziale Ungleichheiten verstärken können.

Kinder aus bildungsferneren Haushalten haben es oft schwerer, in höher bewertete Schulformen zu gelangen, während Kinder aus bildungsnahen und einkommensstarken Haushalten tendenziell bevorzugt werden.

Studien des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung zeigen, dass frühe Selektion, wie sie in differenzierten Schulsystemen praktiziert wird, oft zu einer Verstärkung von sozialen Ungleichheiten führt. Eine spätere Entscheidung über Bildungswege und eine längere gemeinsame Schulzeit erhöhen die Chancengleichheit.

Eine Gesamtschule, welche die Unterstufe ersetzt, könnte diese Ungleichheiten überwinden, indem sie allen Schüler*innen eine gleichwertige und umfassende Bildung ermöglicht.

In diesem Modell würden alle Schüler*innen, wie bisher, zunächst die Volksschule besuchen. Anstatt jedoch bereits im Alter von zehn Jahren eine Entscheidung für ihren weiteren Bildungsweg zu treffen, die ihre Zukunft maßgeblich prägt, würden alle Schüler*innen nach der Volksschule in eine gemeinsame Gesamtschule wechseln. Es ist absurd, von Kindern in so jungem Alter zu erwarten, dass sie sich für einen Bildungsweg entscheiden, der oft ihre beruflichen Möglichkeiten und Chancen für den Rest ihres Lebens beeinflusst. Eine Gesamtschule würde diese frühe, richtungsweisende Entscheidung unnötig machen und stattdessen allen Schüler*innen die Möglichkeit geben, ihre Talente und Fähigkeiten über einen

längeren Zeitraum hinweg zu entwickeln. In der Gesamtschule werden Schüler*innen unabhängig von ihrer vermeintlichen Leistung oder sozialen Herkunft gemeinsam unterrichtet, was nicht nur den sozialen Zusammenhalt stärkt, sondern auch eine gerechtere und umfassendere Förderung ermöglicht. Dadurch können die Fähigkeiten jedes einzelnen Kindes besser zur Geltung kommen, ohne dass die Stigmatisierung bestimmter Schulformen ihnen im Weg steht.

Nach der Gesamtschule steht es den Schüler*innen frei, sich für das derzeitige Oberstufenmodell zu entscheiden, welches eine breite Palette an individuellen Möglichkeiten bietet, sei es ein Lehrberuf, ein Gymnasium, eine berufsbildende Schule (BMS/BHS), oder ein anderer weiterführender Bildungsweg. Somit bleibt die Vielfalt der Oberstufenbildung erhalten, während gleichzeitig eine gerechtere und faire Grundlage für alle Schüler*innen in der Volksschule und Unterstufe geschaffen wird.

Deshalb fordert das Salzburger Schüler*innenparlament:

- Das Salzburger Schüler*innenparlament fordert eine optionale Möglichkeit eine Gesamtschule zu besuchen.
- Das Salzburger Schüler*innenparlament fordert eine gemeinsame Schule mit innerer Differenzierung in der Sekundarstufe I. Wir schlagen ein hybrides Modell vor: Ein gewisser Teil der Stunden geschieht in der großen Gruppe, der Klasse, und ein weiterer, bestenfalls sogar größerer Teil der Stunden wird in Kleingruppen absolviert. Die Stunden in der Klasse dienen sozusagen als Grundstock der Wissensvermittlung und stellen ein verbindliches Niveau dar, das alle Schüler*innen beherrschen sollen. Die Vertiefung bzw. Erweiterung der Inhalte geschieht in den Kleingruppen, in denen es auch möglich sein soll, je nach Interesse der Schüler*innen weiterzuarbeiten. Auch das Aufholen von Rückständen und Lerndefiziten soll im Rahmen der Lerngruppen möglich sein. So viel wie möglich soll hier schulautonom geregelt werden.
- Das Salzburger Schüler*innenparlament unterstützt die Beibehaltung des aktuellen Oberstufenmodells, das individuelle und vielfältige Bildungsmöglichkeiten bietet, nachdem eine gemeinsame Gesamtschule durchlaufen wurde.
- Das Salzburger Schüler*innenparlament setzt sich für mehr Ressourcen (Personell und Finanziell) zur Förderung und Unterstützung der Schüler*innen und Lehrer*innen ein, um eine bestmögliche Bildung und einen bestmöglichen Arbeitsplatz für alle zu gewährleisten.
- Das Salzburger Schüler*innenparlament unterstützt die Beibehaltung des aktuellen Oberstufenmodells, mit Einführung im AHS Bereich der MOST, das individuelle und vielfältige Bildungsmöglichkeiten bietet.

Antrag 7 - Bunte Bildung – Vielfalt als Stärke

Katharina Gamperer, WRG Salzburg

Antrag wurde mit **93,3 %** angenommen

Während die meisten Kinder und Jugendlichen in dem Sexualkundeunterricht in ihren Schulen repräsentiert werden und sie eine Bildung erhalten, die ihnen in der Entwicklung ihrer Sexualität und Identität weiterhilft, gehen einige Personen leer aus: queere Menschen.

Zwar wird in den Bildungseinrichtungen mittlerweile das Thema der Homosexualität knapp angesprochen, aber darüber hinaus wird wenig über queere Themen informiert.

Verhütung beispielsweise ist ein Thema, das häufig noch immer aus heteronormativer Sicht erklärt wird. Queeren Personen wird so das Wissen über angemessenen Schutz verwehrt, ihnen wird suggeriert, dass ihre sexuelle Sicherheit und Realität weniger wichtig seien als jene von nicht-queeren Menschen. Ist es da noch erstaunlich, wenn viele queere Personen sich wundern müssen, ob mit ihnen – ihrer Sexualität oder Identität – Etwas nicht stimmt?

Und wenn dann doch einmal queere Realitäten im Sexualunterricht angesprochen werden, so führt das meistens zu Scham. Scham von Lehrkräften, Scham von Schüler*innen, sodass das ganze Thema eine Negative Behaftung bekommt. Diese Scham gilt es, mit aller Kraft zu bekämpfen, sodass sich Menschen endlich trauen können, offen über ihre Queerness zu sprechen!

Deshalb fordert das Salzburger Schüler*innenparlament:

- Im Zuge von Sexualkunde queere Bildung in der Schule miteinzubauen (ab spätestens der 8. Schulstufe).
- Verpflichtende Fortbildungen für Biologie-Lehrkräfte zum Thema Queerness
- Workshops von Expert*innen, die das Thema aus eigener Perspektive beleuchten können.
- Eine Anlaufstelle in jeder Schule für Fragen rund um das Thema Queerness, die einem die Möglichkeit bietet, sich schamlos zu informieren, weiters soll genug Info Material (Flyer) zur Verfügung stehen

Antrag 8 - Gesunde Schule schafft Gesunde Gesellschaft!

Felix Wimmer, Akademisches Gymnasium Salzburg

Antrag wurde mit **97,7 %** angenommen

Die Jugend wurde von der Coronakrise besonders hart getroffen. Soziale Kontakte wurden auf ein Minimum reduziert, Schüler*innen fühlten sich allein gelassen und der Schulstress nahm beträchtlich zu. Die Jugend ist am meisten beeinflusst von der Klimakrise, viele haben keinen wirklichen Ausblick auf ihre Zukunft in 30-40 Jahren. Die Jugend leidet stark unter den aktuellen Krisen, viele junge Leute haben Zukunftsängste. Doch wo bleibt die Politik?

Laut einer Studie des Gesundheitsministeriums leiden über 30% der Schüler*innen in der 11. Schulstufe an Zukunftssorgen. Einschlafschwierigkeiten, Gereiztheit, Nervosität und Niedergeschlagenheit sind in den letzten 10 Jahren enorm gestiegen [1]. Auch die besonders schweren Fälle steigen, über 15% der 18-Jährigen haben bereits eine klinisch schwere depressive Episode erlebt [2].

Auch an Schulen sind ausgebildete Kinder- und Jugendpsycholog*innen eine Seltenheit. Für uns ist klar: Die psychische Gesundheit von jungen Menschen darf auch in Krisenzeiten nicht leiden. Genau aus diesem Grund braucht es den raschen Ausbau von professionellen Psycholog*innen an Schulen, die den Schüler*innen in stürmischen Zeiten eine starke Schulter bieten.

Es ist sehr schwierig, schnell die Anzahl der Schulpsycholog*innen zu erhöhen. Aber es ist notwendig, sofortige Maßnahmen zu treffen, um auf die Krise der mentalen Gesundheit von Schüler*innen zu reagieren. Hier sind Schule und das Ministerium gleichermaßen gefragt. Es muss eine niederschwellige Ansprechperson für jede*n Schüler*in geben. Das Konzept der Vertrauenspersonen ist ein gutes, das auch genutzt, ausgebaut und stärker forciert werden soll.

Damit Schüler*innen dieses Angebot jedoch erst in Anspruch nehmen, muss ein Bewusstsein bezüglich mentaler Gesundheit geschaffen werden. Nur wer weiß, dass es ihm/ihr nicht gut geht, kann auch Hilfe in Anspruch nehmen. Die Schule soll durch die vermehrte Thematisierung von mentaler Gesundheit im Regelunterricht zur Enttabuisierung beitragen.

Deshalb fordert das Salzburger Schüler*innenparlament:

- Deshalb fordern wir den Ausbau der psychologischen Unterstützungsangebote an Schulen. Den Schüler*innen sollte ein niederschwelliger Zugang zu professionellen Psycholog*innen sowie internen Vertrauenspersonen ermöglicht werden.
- Wir fordern, dass mentale Gesundheit vermehrt im Regelunterricht thematisiert wird, um das Thema zu enttabuisieren
- Wir fordern eine ständige unabhängige Evaluierungskommission, die sich mit der Lage um Suizidprävention und mentaler Gesundheit an den Salzburger Schulen beschäftigt, und dahingehend transparent Empfehlungen an Verantwortliche ausspricht.
- Wir fordern, dass bereits in der Unterstufe das Thema mentale Gesundheit in Form eines Workshops thematisiert wird, um den Schüler*innen eine möglichst frühe und neutrale Auseinandersetzung mit dem Thema zu ermöglichen.
- Wir fordern, dass alle Lehrkräfte, insbesondere Klassenvorständ*innen Fortbildungen mit Expert*innen zum Thema mentale Gesundheit bei Jugendlichen besuchen.
- Wir fordern eine zentrale Meldestelle in der Bildungsdirektion für Lehrer*innen, die das Thema mentale Gesundheit verharmlosen und Schüler*innen ein falsches Bild zu diesem Thema vermitteln.
- Wir fordern, dass an jeder Schule Salzburgs mindestens ein Workshop zum Thema Suizidprävention abgehalten wird. Die LSV Salzburg kann hier nach Anfrage Organisationen, die diese abhalten vermitteln.
- Wir fordern, dass bei einem Suizid oder einem versuchten Suizid eines*r Schüler*in mit sofortiger Wirkung eine Kommission eingesetzt wird, deren Aufgabe daraus besteht, das schulische Umfeld auf Mängel beim Thema Umgang mit mentaler Gesundheit zu untersuchen.
- Mentale Gesundheit soll Teil des Lehrplans werden
- [1] https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=644&attachmentName=Psychische_Gesundheit_von_%C3%B6sterreichischen_Jugendlichen_PDFUA.pdf
- [2] <https://www.bildung-stmk.gv.at/dam/jcr:52ba099e-4c3d-45b4-8ad8-30be311370b3/Depressionen%20im%20Jugendalter.pdf>

Antrag 9 - Hitzefrei!

Marton Peterfi, BHAK I Salzburg

Antrag wurde mit **87,5 %** angenommen

Auch in Österreich wird es immer wärmer und wärmer. Besonders in der Stadt hat es ab Juni des Öfteren über 30°, vereinzelt sogar 35°. Studien belegen, dass bereits ab 26° die Konzentrationskraft nachlässt.

Deshalb fordert das Salzburger Schüler*innenparlament:

- „Hitzefrei“ – Schulfrei ab einer Außentemperatur von 30° oder einer Innenraumtemperatur von 28°
- Maßnahmen zur Kühlung von Klassenräumen im Sommer, wie etwa die Verbesserung der Isolierung oder die Installation von Klimaanlage
- Mehr Zugang zu Leitungswasser- und Trinkwasserhähnen

Antrag 10 – Tampons und Binden statt Tabus: Kostenlose Periodenprodukte für Schulen

Viktoria Weigl, Modeschule Hallein

Antrag wurde mit **100 %** angenommen

Menstruation ist kein Luxus – aber für viele ein finanzielles Problem. Während auf Schultoiletten Toilettenpapier und Seife selbstverständlich gratis zur Verfügung stehen, müssen Binden und Tampons weiterhin selbst bezahlt und ständig mitgeführt werden. Dabei betrifft die Periode etwa die Hälfte der Bevölkerung.

Dennoch sind Periodenprodukte nach wie vor kostenpflichtig und oft schwer zugänglich. Das führt dazu, dass viele Schüler*innen während ihrer Periode mit finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert sind oder sogar dem Unterricht fernbleiben müssen.

Periodenarmut ist ein ernstzunehmendes Problem, das nicht nur die Gesundheit, sondern auch die Bildungschancen vieler junger Menschen beeinträchtigt. Tampons und Binden sind im Gegensatz zu selbstverständlich kostenlosem und verfügbarem Toilettenpapier noch immer keine Grundausstattung. Es ist an der Zeit, diese Ungleichbehandlung zu beenden. Schätzungen zufolge gibt eine Frau in ihrem Leben zwischen 3000 und 17000 Euro für ihre Periode aus - eine finanzielle Belastung, die insbesondere Jugendliche oft nicht ohne weiteres stemmen können.

Verschiedene Schulen in Salzburg haben bereits Initiativen gestartet, um kostenlose Menstruationsprodukte anzubieten. Diese Projekte sind jedoch oft von der Zustimmung der Schulleitung abhängig und beschränken sich meist auf „Notfallboxen“, die nur in begrenzter Anzahl zur Verfügung stehen.

Eine langfristige, flächendeckende Lösung ist notwendig, denn Menstruation ist Alltag, und die dazugehörigen Produkte müssen es auch sein.

Ein weiteres Problem ist die nach wie vor unzureichende Aufklärung über die Menstruation. Das Thema wird im Unterricht oft nur am Rande behandelt und mit biologischen Grundlagen abgetan. Aspekte wie gesellschaftliche Stigmatisierung, finanzielle Belastung und nachhaltige Alternativen finden kaum Platz im Lehrplan. Eine umfassendere Bildung ist notwendig, um Vorurteile abzubauen und allen Schüler*innen ein selbstverständlicheres Verhältnis zur Menstruation zu ermöglichen.

Denn Menstruation ist das einzige Blut, das nicht aus Gewalt entsteht - und doch ist es das Blut, das dich am meisten eckelt.

Deshalb fordert das Salzburger Schüler*innenparlament:

- Die Bereitstellung kostenloser Periodenprodukte (Binden und Tampons) in den Toiletten aller Salzburger Schulen.
- Eine Erweiterung der schulischen Aufklärung zur Menstruation, um gesellschaftliche Tabus zu brechen und für mehr Bewusstsein zu sorgen.
- Workshops und Sensibilisierungskampagnen in den Schulen, um alle Schüler*innen über die gesundheitlichen, sozialen und finanziellen Aspekte der Menstruation aufzuklären und Vorurteile abzubauen.

Abgelehnte Anträge

-

Nicht diskutierte Anträge

Antrag 11 – Nie wieder ist jetzt

Carolin Huber, Muisches Gymnasium

Antrag 12 – Schulsupportpersonal: Qualität statt Quantität

Viktoria Starlinger, BAfEP Salzburg

Antrag 13 – Bekenntnis zu unserer Demokratie

Marcus Gallei, BG Zaunergasse

Antrag 14 – „Kein Platz für Benachteiligungen in unserem Bildungssystem“

Alexandra Zivkovic, BG/BRG Zell am See

Antrag 15 – Was wir essen macht uns doch viel mehr aus!

Sara Karahodzic, Caritas Schule

Antrag 16 – Wir bewegen uns rückwärts

Sarah Seywald, HAK Zell am See

Antrag 17 – Berufsschulen sind nicht der Plan B

Fabian Sporn, Neumarkt BS

Antrag 18 – Respekt zeigen, Rassismus bekämpfen

Marry Tang, HTBLuVA Salzburg

Antrag 19 – Ist Norwegen in der EU?

Nina Proft, HLW Annahof

Antrag 20 – Mehr Praxis wagen!

Sebastian Saria, BRG Salzburg

Antrag 21 – My Body. My Choice. My Knowledge.

Ebba Schwarzacher, Muisches Gymnasium

Antrag 22 – Weil wir nicht mit den Geräten von gestern über das Heute lernen wollen

Simon Fritzenwallner, Handelsakademie II

Antrag 23 – Einführung zukunftsorientierter Schulfächer zur Vorbereitung auf das Leben nach der Schule

Noah Brunner, HTBLuVA Salzburg

Antrag 24 – Sei eine Avocado!

Luca Ebner, SuM – RG

Antrag 25 – Das schulische Klima! Wir müssen jetzt handeln!

Sarah Seywald, HAK Zell am See